Privat vor Staat

Drei Initiativen in Berlin schaffen Wohnraum für Geflüchtete jenseits von Lagern und Notunterkünften

Die Behörden scheitern zusehends daran, menschenwürdigen Wohnraum für Geflüchtete zu schaffen. Dabei lassen sich mit etwas Findigkeit Alternativen zu Containern und Industriehallen finden.

Von Johanna Treblin

Gemeinsames Essen im Haus des Teilens Foto: Sharehaus Refugio

Der Geruch von Knoblauch liegt schwer in der Luft. 20 Zehen warten in einer Schüssel, um zu Tzatziki verarbeitet zu werden. Debbie und Jonas schneiden Kartoffeln in Hälften und werfen sie in einen Großküchentopf. Dazu gibt es veganes Gyros. »Ein dankbares Rezept«, sagt Jonas. 120 Menschen erwarten sie zur KÜFA – Küche für alle – in der B-Lage, einer Kneipe in Berlin-Neukölln. Die Einnahmen gehen an ihre Solizimmer-Initiative für Geflüchtete.

Vor vier Jahren hatte Jonas einem Freund geholfen, ein Zimmer in Berlin zu finden. Der Freund war aus Palästina und lebte in Brandenburg in einem Flüchtlingsheim, machte aber ein Praktikum in Berlin. Wegen der Residenzpflicht, die es Geflüchteten nicht erlaubte, den Wohnort von einem ins andere Bundesland zu verlegen, konnte er nicht offiziell umziehen. Geld hatte er sowieso nicht.

Für Jonas wurde klar, dass es für viele Geflüchtete fast unmöglich ist, alleine ein Zimmer anzumieten: Ihnen fehlen Geld, Sprachkenntnisse, eine langfristige Bleibeperspektive und die Erlaubnis vom Amt. Während er mit Freunden nach einer Lösung suchte, bekamen sie eine Wohnung angeboten – für den Aufbau einer Solizimmer-Initiative. Die Gruppe musste lediglich für die monatlichen Betriebskosten aufkommen.

Mittlerweile verwaltet die Initiative drei Wohnungen und vermittelt Zimmer in Hausprojekten. Laufende Kosten und Ausgaben für die Reparatur etwa von Waschmaschinen finanziert die Gruppe über regelmäßige Spenden, über Solipartys und KÜFAs – wie heute in Neukölln.

Die Anfragen für Zimmer kommen meistens von Flüchtlingsorganisationen. Manchmal melden sich Einzelpersonen, die den Kontakt vom Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) bekommen haben. Doch die sind bei der Initiative falsch: »Das ist eine ganz schöne Frechheit, dass die Behörde, die die Unterbringung leisten soll, Leute an ehrenamtliche Strukturen verweist«, findet Robert. Geflüchtete mit Anspruch auf Unterbringung werden nur dann von der Initiative vermittelt, wenn sie beispielsweise zur medizinischen Versorgung von ihrem Heim in Brandenburg nach Berlin kommen. Priorität haben grundsätzlich besonders Schutzbedürftige.

In den vergangenen Monaten hat die Gruppe immer mehr Anfragen von Familien oder Wohngemeinschaften bekommen. Oft passt das aber nicht: Die neuen Mitbewohner sollen sich an WG-Plena beteiligen oder, wie der Rest der WG, vegan essen. »Die Geflüchteten wollen aber erst einmal nur ein Zimmer mit einer Tür, die sie zumachen können«, sagt Robert, der fast von Anfang an der Initiative angehört.

Wie vielen Menschen sie bereits eine Unterkunft vermittelt haben, weiß hier niemand. Die Gruppe führt keine Statistik. Sicher ist nur: Die Anfragen übersteigen bei Weitem ihre Kapazitäten. »Es ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein«, sagt Robert.

Sven Lager weiß ganz genau, wie viele Nachbarn er hat. Die 33 Zimmer des »Sharehaus Refugio« sind rund zur Hälfte von Geflüchteten bewohnt, die andere Hälfte von Nicht-Geflüchteten. Künftig sollen Menschen aus Syrien, Somalia, Afghanistan und anderen Ländern etwa 70 Prozent ausmachen. »Wir sind wie eine Studenten-WG«, sagt Lager, der dieses »Haus des Teilens« in Berlin-Neukölln gemeinsam mit seiner Frau Elke Naters eröffnet hat. Jeder hat sein eigenes Zimmer, man teilt sich eine Küche und einen Dachgarten.

Die kleine Bibliothek im Café im Erdgeschoss wirkt wie eine Sammlung zurückgelassener Bücher von Reisenden in einem Hostel. Ein Stadtführer von Berlin ist darunter, eine Biografie des Bayerntrainers Pep Guardiola, außerdem James Baldwins Roman »Eine andere Welt« über die Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung in den USA. Tatsächlich will Sharehaus-Gründer Sven Lager hier eine »andere Welt« anstoßen. Eine, in der das gemeinschaftliche Miteinander bestimmend ist.

Im »Sharehaus Refugio« will Lager hier Kreativität und Selbstbestimmung möglich machen und aktiv fördern. Ein ähnliches Projekt hatten er und seine Frau Elke Naters bereits in Südafrika aufgebaut. Mit Menschen aus den Townships betrieben sie einen Gemeinschaftsgarten, für Jugendliche boten sie Workshops zu Fotografie und Musik an. Ein Obdachloser zog vorübergehend in das Haus ein und eröffnete eine Holzwerkstatt. Wichtig ist Lager: »Menschen Dinge einfach mal machen lassen«.

Ein zweites Projekt startete das Paar in Berlin, ein Nachbarschaftsladen, der von Flüchtlingsinitiativen genutzt wurde, von Musikern und Gruppen von Müttern. Jetzt sind Lager und Naters noch weiter gegangen. Das Refugio ist Herberge, Nachbarschaftszentrum und Ideenlabor zugleich. Das Haus gehört der Berliner Stadtmission. Wer hier wohnen möchte – die 33 Zimmer sind alle belegt, die Warteliste lang – muss sich verpflichten, sich einzubringen und ehrenamtliche Tätigkeiten im Haus zu übernehmen.

»Es geht nicht ums Helfen«, sagt Lager, sondern darum, voneinander zu lernen. Die Bewohner unterstützen sich gegenseitig, lernen zum Beispiel Deutsch und Arabisch im Sprachtandem. Lager geht davon aus, dass die meisten Migranten, die nach Deutschland kommen, lernen, studieren, arbeiten und etwas erreichen wollen. »Die meisten Geflüchteten wollen zwar am liebsten wieder nach Hause fahren, aber es gibt eben oft kein Zuhause mehr. Hier sehen sie die Chance, etwas Neues aufzubauen. Auch als Teil der Gesellschaft um sie herum«, sagt Sven Lager.

Nach eineinhalb Jahren im Sharehaus sollen die Bewohner weiterziehen, Botschafter werden und weitere Sharehäuser gründen, wünscht sich Lager. Würde man sein Konzept schon jetzt vervielfachen, »könnte man locker mehr als eine Million Menschen in Deutschland unterbringen, und es würde nicht einmal auffallen«, meint er. »Das ist ja ein Witz, das sind ja nur ganz wenige im Vergleich zu den 80 Millionen Deutschen.«

Die Migranten bringen neue Impulse mit, die in Deutschland dringend gebraucht werden, glaubt Lager. »Wir leben in einer kapitalismustraumatisierten Gesellschaft«, sagt er. Früher hatte man feste, unbefristete Jobs, eine gesicherte Rente. »Das gibt es kaum noch. Die Menschen sind verunsichert.« Also brauche es neue Ideen. Lager ist davon überzeugt, dass Flüchtlinge die Deutschen aus »unseren kleinlichen Problemen herausreißen« könnten. Endlich geht es mal um was.

Eyad Ibrahim Agha gehört zu jenen, die hier neu anfangen wollen. Der junge Wirtschaftsinformatiker aus Syrien hofft, dass seine Unileistungen anerkannt werden, sodass er hier einen Masterabschluss machen kann.

> *»Frechheit, dass die Behörde, die die Unterbringung leisten soll, Leute an ehrenamtliche Strukturen verweist.«*
>
> Robert, Initiative Solizimmer

Ein Jahr war Agha bereits in Deutschland in einem Flüchtlingsheim, bevor er vom Sharehaus hörte, sich bewarb und angenommen wurde. Weil er selbst gerne gut isst und Spaß am Kochen hat, engagiert er sich dort in der Kochcrew. Nachdem die Gruppe bei der Eröffnung des Hauses im Juli für 150 Gäste gekocht hatte – »Was wir gut hinbekommen haben« –, wurden sie bereits für eine Veranstaltung außer Haus angefragt. 40 Menschen sollen satt werden. »Das wird leicht.«

Schwerer als Einzelpersonen haben es Familien auf der Flucht, meint Ruth Kreuzer – gerade für sie fehle Wohnraum. Deshalb will sie Wohnungen kaufen und an Flüchtlingsfamilien vermieten. Finanziert werden sollen sie mit der vom Sozialamt gezahlten Miete.

Kreuzer studiert Soziale Arbeit und jobbt in einem Hostel, das auch Zimmer an Geflüchtete vermietet. Dort freundete sie sich mit Razan al Munjid an. Nach zwei Monaten wurde für die Syrerin ein Platz im Asylheim frei, und sie musste dorthin umziehen. Sie teilte sich ein Zimmer mit drei Frauen, mit denen sie sich kaum verständigen konnte, obwohl sie vier Sprachen beherrscht. Um ihrer prekären Situation im Lager für kurze Zeit zu entgehen, nahm Ruth sie über Weihnachten und Silvester für zwei Wochen bei sich auf. Dann organisierte sie ihr über die Initiative »Flüchtlinge Willkommen« ein Zimmer in einer WG. »Das eigene Zimmer war ganz wichtig für Razan«, erzählt Kreuzer. Endlich hatte sie eine längerfristige Perspektive, einen Ort, an dem sie bleiben konnte.

Kreuzer stellte fest, dass eigener Wohnraum eine Grundvoraussetzung dafür ist, sich der Zukunft zuwenden zu können. Zusammen mit al Munjid und einem Freund, Tobias Schöll, Gemeindeprojektreferent beim Christus-Treff in Berlin-Treptow, gründete sie die Initiative Baituna – arabisch für »Unser Zuhause«. Eine Genossenschaft soll zunächst drei Wohnungen tragen, die erste Anfang Januar bereitstehen. Finanziert werden soll sie unter anderem über ein Crowdfunding, das noch im November auf der Plattform »Betterplace« starten soll. Eine Akuthilfe können sie damit zwar nicht anbieten, aber darum geht es auch nicht. Im Gegenteil: »Wir setzen ein Zeichen damit, dass wir kaufen statt mieten«, sagt Schöll. Eine Miete könne schnell gekündigt werden. »Die meisten Menschen werden bleiben und brauchen daher eine langfristige Perspektive.«

Leben in Blechkisten

Containerdörfer müssen nicht sein, schreiben Architekten in einem Sammelband

Im August wurde das Wasser knapp vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales in Berlin, wo Tausende Flüchtlinge in der prallen Sonne warteten. Plötzlich bekannte die Politik, dass die Behörden unterbesetzt waren. Sie konnten die Flüchtlinge nicht in angemessener Zeit registrieren. Auch die Unterkünfte reichten nicht aus.

Statt langfristige Fluchtbewegungen richtig zu interpretieren, zeigten sich deutschlandweit Kommunen, Behörden, Politiker und Bürger überrascht von den vielen Menschen, die über Ungarn und Österreich nach Deutschland kamen. Statt langfristig Unterkünfte zu planen und einzurichten, müssen noch immer viele Menschen auf der Straße schlafen und werden in schnell aufgestellte Wohncontainer gepfercht. Der Markt für diese Blechbauten ist mittlerweile so gut wie leergefegt, und so werden vermehrt andere Lösungen gesucht, um Flüchtlinge unterzubringen: Turnhallen ohne ausreichende Sanitäranlagen, lange unbenutzte Kasernen. In Berlin sind Flüchtlinge im Hangar des ehemaligen Flughafens Tempelhof untergebracht. Zum Duschen sollen sie zunächst ins Sommerbad am Columbiadamm – 15 Minuten zu Fuß für schlecht isolierte Sammelbäder.

Flüchtlinge würden an den Stadtrand abgeschoben, unsichtbar gemacht und lediglich zwischengelagert, kritisiert Jörg Friedrich in seinem Beitrag für den Band »Refugees Welcome – Konzepte für eine menschenwürdige Architektur«, erschienen im Juli im Jovis-Verlag. »Wieso heutzutage die Architektur für Flüchtlinge nur Schrott aus Blech sein muss, die Umwelt verschandeln und keine Zukunft haben soll, ist unverständlich«, schreibt er. Die »Blechkistenarchitektur« fördere Aggression, Gewalt und Abgrenzung. Integration und ein »gemeinsamer Alltagskontext« mit Deutschen lasse sich damit nicht erzeugen.

Dabei gehöre die inklusive Gesellschaft zur »unabdingbaren Voraussetzung des Lebens in der europäischen Stadt nach der Aufklärung«. Und Container seien pro Quadratmeter sowieso oft teurer als Eigentumswohnungen.

Jörg Friedrich und seine Co-Herausgeber Simon Takasaki, Peter Haslinger, Oliver Thiedmann und Christoph Borchers plädieren dafür, mit alternativen Baukonzepten menschenwürdiges Ankommen zu ermöglichen. Sie stellen verschiedene Konzepte vor, darunter ein Projekt der Leibniz-Universität Hannover, das exemplarisch zeigt, wie schnell und unkompliziert 2500 Menschen in Hannover untergebracht werden können, indem vorhandene Strukturen genutzt werden. Grundideen des Konzepts sind das Wohnen in der Stadt statt der Peripherie und Gemeinschaft statt Isolation. Die Ergebnisse des Projekts sind übertragbar auf andere Städte. *Johanna Treblin*

Jörg Friedrich, Simon Takasaki, Peter Haslinger, Oliver Thiedmann, Christoph Borchers (Hg.): Refugees Welcome. Konzepte für eine menschenwürdige Architektur, Jovis Verlag, 256 Seiten, ISBN 978-3-86859-378-5, 28 Euro

Raum schaffen in Göttingen

Gewerkschaftshaus besetzt

Von Reimar Paul, Göttingen

Am vergangenen Donnerstag besetzten Aktivisten die ehemalige DGB-Zentrale in Göttingen. Inzwischen nächtigen dort Flüchtlinge und wohnungslose Studierende. In der Stadt stößt die Aktion auf große Zustimmung.

Das vierstöckige Gebäude am Rande der Innenstadt stand seit 2009 leer. Es ist im Besitz der gewerkschaftseigenen Vermögens- und Treuhandgesellschaft (VTG) und verfügt über knapp 30 Räume. Toiletten, Strom und Wasseranschlüsse sind vorhanden. Mit Verweis auf steigende Flüchtlingszahlen und mehr als 6000 neu Immatrikulierte an der Göttinger Uni prangerten studentische und linke Gruppen den Leerstand schon vor Wochen an.

Eine Initiative »Our House« nahm sich der Sache nun praktisch an. Über das Wochenende richteten Helfer die ersten Zimmer mit Möbel- und anderen Sachspenden wohnlich her. »Jede Nacht übernachten hier bis zu zehn Personen, die auf ihren Fluchtwegen durch und in Deutschland am Göttinger Bahnhof gestrandet sind«, teilte »Our House« gestern per Presseerklärung mit. »Sie haben Züge oder Busanschlüsse verpasst, haben kein Geld mehr, um weiterreisen zu können, oder wissen teilweise auch einfach nicht, wo sie sind und wie es für sie weitergehen kann.«

In »Our House« fänden die Geflüchteten einen warmen, geschützten Platz zum Ausruhen, Übernachten, Essen und Trinken. »Die Nächte im Haus sind angefüllt von Fluchtgeschichten, von grauenhaften Kriegserlebnissen, von Erschöpfung, häufig von Nicht-Schlafen-Können, aber auch von großer Erleichterung, von Begeisterung über diese Unterstützung.«

Tagsüber und abends gibt es Veranstaltungen im neuen besetzten Haus. Es laufen Filme, in einem anderen Raum wird ein Straßenfest vorbereitet. Am Sonntag informierten afghanische Flüchtlinge im ehemaligen DGB-Veranstaltungsraum über die Situation in ihrem Heimatland. »Die Parolen in dem ›Das-Boot-ist-voll‹-Tenor stimmen nicht«, sagt eine »Our House«-Aktivistin. »Es gibt bewohnbaren Wohnraum in Göttingen und anderswo, der immer noch nicht genutzt wird.«

Zahlreiche Organisationen haben sich inzwischen mit der Besetzung solidarisiert. So begrüßt die »Basisdemokratische Linke« die Aktion als »wegweisende Initiative im Kampf gegen Wohnungsnot und Verschärfungen der Asylgesetzgebung«. LINKE, Grüne und die Gewerkschaft ver.di bekundeten Unterstützung. Die Grüne Jugend warnt vor einer Kriminalisierung der Besetzung. »Eine gewaltsame Räumung durch die Polizei wäre angesichts der aktuellen Wohnraumnot ein verheerendes Zeichen«, sagt ein Sprecher.

Von einer Räumung geht »Our House« aktuell aber gar nicht aus. Nach Aussagen von Polizei, DGB und VTG gebe es bislang auch keine Anzeige. Alle Seiten zeigten sich verhandlungsbereit.